



Aebischer Eliane, Krattinger-Jutzet Ursula

Bundessubventionen zur Verbilligung der Krippenplätze

Mitunterzeichner: -

Datum der Einreichung: 09.05.17

DSAS

Begehren

Der Nationalrat hat am 2. Mai beschlossen, für die familienergänzende Kinderbetreuung 96,8 Millionen Franken als Subventionen für die nächsten 5 Jahre den Kantonen zur Verfügung zu stellen. Die Unterstützung läuft über die Kantone: Jene, die die Subventionen erhöhen, erhalten vom Bund im ersten Jahr 65 Prozent des zusätzlichen Betrages. Im zweiten Jahr sind es noch 35 und im dritten Jahr noch 10 Prozent.

Aus der heutigen Mitteilung der Sozial- und Gesundheitsdirektion entnehmen wir jedoch, dass der Kanton Freiburg die Senkung der Preise für die Krippen an die Unternehmenssteuerreform III koppelt und erst wenn ein neues Projekt in Kraft getreten ist, die Verbilligung der Krippenplätze vorschlagen will. Wir finden dies sehr schade und keine familienfreundliche Politik.

Unsere Fragen an den Staatsrat:

1. Will der Kanton Freiburg auf Subventionen für die Verbilligung von Kinderkrippen verzichten, welche vom Bund für die nächsten 5 Jahre gesprochen wurden, und wirklich abwarten, bis ein neues Projekt der Unternehmenssteuerreform III aufgegleist ist?
2. Sieht der Staatsrat keine Notwendigkeit, die familienergänzende Kinderbetreuung im Kanton auszubauen?
3. Will der Staatsrat gut ausgebildete Mütter nicht vermehrt darin unterstützen, ihren Arbeitsplatz zu behalten?
4. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in der Schweiz noch keine Realität; wieso will dann der Staatsrat das Angebot des Bundes, dies zur Realität werden zu lassen, nicht oder noch nicht annehmen?

—